

HALLER ETAT: DIE FRAKTIONSSPRECHER UND DIE FRAKTIONSLOSEN STADTRÄTE SETZEN AKZENTE

HT 18.3.23



Gemeinderat verabschiedet Doppelhaushalt 2023/2024

Bei der Abstimmung zur Abschaffung der erst kürzlich eingeführten Bettensteuer heben alle Stadträte und Oberbürgermeister Daniel Bullinger (links), der als einziger Verwaltungsvertreter stimmberechtigt ist, die Hand (Foto). Als es kurz darauf um den Doppelhaushalt der Stadt Hall geht, stimmen die FWV und Tillmann Finger (Die Partei) dagegen, Damiana Koch (Bunte Liste) enthält sich. Damit wird der Etat für die Jahre 2023 bis 2024 mit einer großen Mehrheit angenommen. Nach dem mehr als 600 Seiten starken Zahlenwerk richtet sich die Stadtverwaltung. Größere Investitionen sind damit aber nicht automatisch beschlossen, sondern werden zuvor in den Ausschüssen und im Gemeinderat beraten. Fotos: Tobias Würth



Damiana Koch

Bürger stärker einbinden

Die Zukunft der Kommunen sieht nicht rosig aus, sondern grau! Ein Blick in die mittelfristige Finanzplanung offenbart uns schon jetzt den Weg in die Schuldenspiele. Es ist sehr wichtig, die Bevölkerung an den notwendigen politischen Entscheidungen teilhaben zu lassen: Dialog, Transparenz und Beteiligung auf Augenhöhe.

Schumacher-Koelsch

Wohnraum für alle schaffen

Es sollen Wohnungsbaugesellschaften und Baugemeinschaften vor privaten Investoren und Unternehmen planen und bauen dürfen. Auch muss die GWG in der Haller Innenstadt Wohnnutzen zurückgewinnen, um bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Fakt ist: Wir müssen die Aufenthaltsqualität in der Innenstadt für alle barrierefrei schaffen.

Tillmann Finger

Laufender Betrieb sicher

Seine Rede hat Tillmann Finger von einem Programm für Künstliche Intelligenz geschrieben. „Die Analyse zeigt auch, dass die Kommune in der Lage ist, den laufenden Betrieb der städtischen Einrichtungen aufrechtzuerhalten.“

Andrea Herrmann

Hall hat genug Straßen

Die zaghaften Vorschläge der Haushaltsstrukturkommission waren im Grunde genommen nichts anderes als längst überfällige Gebührenanpassungen. Allein die Übernachtungssteuer hätte einen Beitrag leisten können. Aber so wie diese Steuer eingeführt wurde, war sie eben nicht zu halten. Deshalb blieb uns nichts anderes übrig, als diese Steuer wieder einzukassieren.



Schwäbisch Hall besitzt ein ausreichend ausgebautes Straßennetz, wir kommen problemlos überall hin. Wir brauchen keine Umfahrungen, die nur wieder mehr Verkehr produzieren. Um die Reduktionsziele im Verkehrsbereich zu erreichen, ist eine deutliche Steigerung des Radverkehrs erforderlich. Dazu muss das Radverkehrskonzept fortgeschrieben und vor allem schneller umgesetzt werden. Wir hoffen, dass die neue Stelle Mobilität schnell und gut besetzt wird und dass wir dann auch bei den Radwegen schneller vorankommen. Die alles entscheidende Frage für unsere Zukunft wird sein, ob uns die Transformation zu einem erfolgreichen und postfossilen Leben und Wirtschaftsgebilden wird.

Graf von Westerholt

Pflichtaufgaben beachten

Unsere Stadt leidet im Vergleich zu Städten ähnlicher Größenordnung nicht unter einem Problem auf der Einnahmenseite. Diese ist vergleichsweise gut. Folglich ist unser Problem die Ausgaben Seite. Steuererhöhungen oder die Erfindung neuer Steuern scheinen uns so lange zweifelhaft, wie noch nicht alle Einsparmöglichkeiten genutzt sind. Daher haben wir auf die erheblichen Einsparmöglichkeiten in zehn Anträgen hingewiesen, wohl wissend, dass wir dafür nicht nur Freund finden werden. In vielen Punkten kommt es aber nicht auf sofortige Umsetzung an, sondern eher auf die Wahrnehmung von Problemlagen durch die Öffentlichkeit, durch den Gemeinderat und vor allem durch die Verwaltung.

Infrastruktur und Bildung gehören zu den Pflichtaufgaben unserer Stadt, weniger aber diverse sonstige Ausgaben, die schön zu haben sind, aber eben Kür. Unsere Anregung bleibt, dass wir zukunftsbezogen nachdenken müssen, was wir uns als Stadt leisten können. Wir freuen uns, dass wir bei allen Problemen eine insgesamt gut funktionierende und kompetente Verwaltung besitzen.



Das ist ein Problem, das wir nicht ignorieren können. Die CDU ist eine Partei, die sich für die Interessen der Bürger einsetzt. Wir müssen uns für die Zukunft unserer Stadt einsetzen und dafür sorgen, dass wir die notwendigen Investitionen tätigen können.

Michael Rempp

Bürger leisten ihren Beitrag

Es wurde eine Strukturkommission geplant, die jedoch schon kurz nach dem Auftakt zum Rohkreipierer wurde. Größere strukturelle Änderungen wurden bei den Beratungen oftmals ausgeklammert. Es blieb letztlich eine erhebliche Zahl kleinerer Maßnahmen, die die einzelnen Bürger oder Organisationen zum Teil erheblich treffen, aber in der Summe diesen und künftige Haushalte zwar etwas entlasten, die prognostizierten längerfristigen Defizite aber nicht auffangen können.

Dass unsere Anträge zu den Planungen der Radwegverbindung Wackerhofen-Kerz und zur Neugestaltung im Bereich des Kirchplatzes der Heimbachsdungen einstimmig beschlossen wurden, macht Hoffnung auf ein zeitnahes Vorschreiten der Projekte. Jeder Bürger trägt seinen Teil über höhere Steuern (beispielsweise die Grundsteuer oder Gebühren für Bibliothek, Essensverpflegung, KiTa-Gebühren oder Parkgebühren). Eine moderate Erhöhung der Steuern für Gewerbetreibende und Unternehmen zur Finanzierung der Gemeindeaufgaben ist entsprechend folgerichtig.



Die SPD ist eine Partei, die sich für die Interessen der Bürger einsetzt. Wir müssen uns für die Zukunft unserer Stadt einsetzen und dafür sorgen, dass wir die notwendigen Investitionen tätigen können.

Hartmut Baumann

Politische Richtung falsch

Mit dem Ergebnis der Haushaltsberatung und den Abstimmungen zu den Anträgen ist die Fraktion der Freien Wählervereinigung nur bedingt zufrieden, was wir durch unser Abstimmungsverhalten zeigen. Die FWV war mit dem Planentwurf der Verwaltung zufrieden. Wir wollten keine Änderungen. Als Ergebnis der allerorts propagierten Bürgernähe und Transparenz werden Entscheidungen mehr und mehr von einer sich am lautesten äußernden Minderheit beeinflusst. Uns gefällt die klar ablesbare politische Richtung, welche sich hinter dem Zahlenwerk verbirgt, nicht mehr. Die FWV hat den Klimaschutzbeirat von Anfang an unterstützt. Es führt zu Frust, dass der nach drei Jahren auf Eis gelegt wird. Unabhängig davon dürfen Maßnahmen unter der Überschrift „Mobilitätswende oder Klimaschutz“ nicht auf Kosten eines Großteils der Mitbürgerinnen und Mitbürger gehen. Wir bauen Radwege, die nur von ganz wenigen genutzt werden - wie den aufgemalten Radstrecken von Gablingen bis zum Kreisverkehr am Diak. Der Haushalt ist aufgebläht durch personelle Aufstockung im Bereich Klima und Energie.

Die FWV hat den Klimaschutzbeirat von Anfang an unterstützt. Es führt zu Frust, dass der nach drei Jahren auf Eis gelegt wird. Unabhängig davon dürfen Maßnahmen unter der Überschrift „Mobilitätswende oder Klimaschutz“ nicht auf Kosten eines Großteils der Mitbürgerinnen und Mitbürger gehen. Wir bauen Radwege, die nur von ganz wenigen genutzt werden - wie den aufgemalten Radstrecken von Gablingen bis zum Kreisverkehr am Diak. Der Haushalt ist aufgebläht durch personelle Aufstockung im Bereich Klima und Energie.



Die FWV ist eine Partei, die sich für die Interessen der Bürger einsetzt. Wir müssen uns für die Zukunft unserer Stadt einsetzen und dafür sorgen, dass wir die notwendigen Investitionen tätigen können.

Walter Döring

Einsparungen sind nötig

Wir sind eine beispielhafte Integrationsstadt, in der 120 verschiedene Nationen friedlich neben und miteinander leben. Dazu leisten wir alle hier - und auch seit Jahren das Goethe-Institut, unsere Beiträge. Auch deshalb haben wir im Rat keine AfD, was auch so bleiben soll. Der Haushalt ist weit überwiegend geprägt von Gebühren- und Steuererhöhungen, weit weniger von konkreter Einsparungen, obwohl diese zwingend notwendig wären.

Unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger werden in dem falschen Glauben gehalten, alles könne bleiben, wie es ist. Das böse Erwachen hier in Schwäbisch Hall wird 2025/2026 kommen. Dann wird auch der anhaltende Griff in die Taschen anderer, wie bei der Erhöhung der Gewerbesteuer geschehen, nicht mehr weiterhelfen. Der Unterschied zwischen den Linken und St. Martin ist der, dass St. Martin seinen eigenen Mantel teilte, die Linke aber mit Leidenschaft in die Taschen anderer greift und sich dann auch noch als Wohltäterin auführt. Die Erhöhung der Gewerbesteuer war, ist und bleibt grundfalsch. Unserer Firmen leihen alle.



Die FDP ist eine Partei, die sich für die Interessen der Bürger einsetzt. Wir müssen uns für die Zukunft unserer Stadt einsetzen und dafür sorgen, dass wir die notwendigen Investitionen tätigen können.